

# 12 Jahre verstaatlichte Industrie in Oesterreich

Autor(en): **Burg, Norbert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **51 (1959)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353878>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## 12 Jahre verstaatlichte Industrie in Oesterreich

Am 26. Juli 1958 hat sich zum zwölften Mal der Tag gejäht, an dem das österreichische Parlament das erste Verstaatlichungsgesetz beschlossen hatte. Das Datum erscheint als geeigneter Anlaß, das sowohl im Inlande als auch im Auslande lebhaft diskutierte Verstaatlichungsexperiment der Republik Oesterreich einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. Und angesichts der in der Verstaatlichungsfrage – rechter wie linker Hand – einmal bestehenden dogmatischen Voreingenommenheiten empfahl sich eine statistische Uebersicht als die wirkungsvollste Methode hierzu.

Die österreichische Grundindustrie war im Jahre 1938 dem deutschen Wirtschaftsraum eingegliedert und bald darauf auf die Kriegsproduktion umgestellt worden. Als der Krieg beendet war, wurde sie unvermittelt vom größeren Wirtschaftsraum abgetrennt. Zu der Erschütterung, die diese tiefgreifenden Operationen bewirkt hatten, traten die in den Kriegsjahren durch Fliegerangriffe verursachten gewaltigen Schäden hinzu, sowie die Demontagen und die Beschlagnahme von Betriebsanlagen und Rohstoffen durch die Siegermächte nach dem Krieg.

So kam es, daß dieser Wirtschaftszweig sich am Ende des Krieges in einer besonders trostlosen Lage befand. Es fehlte an allem, was für seinen Wiederaufbau unentbehrlich war: an Maschinen, Roh- und Brennstoffen, an geeigneten Fachkräften und nicht zuletzt an einer sachkundigen Führung. Und da der inländische Kapitalmarkt seine Funktionsfähigkeit nahezu gänzlich eingebüßt hatte, bestand auch keine Aussicht auf Reaktivierung durch privates Kapital. Unter diesen Umständen<sup>1</sup> hat der Nationalrat in den ersten zwei Nachkriegsjahren durch zwei Gesetze die Verstaatlichung der Grundindustrie (einschließlich der Elektrizitätswirtschaft), einer Reihe von Unternehmen der Verarbeitungs- und der Fertigwarenindustrie sowie des Verkehrs und der bedeutendsten Kreditinstitute beschlossen.

Durch das erste Verstaatlichungsgesetz<sup>2</sup> wurden die meisten Kohlenbergwerke, die wichtigsten Unternehmen der Eisen- und Stahlherzeugung, die Bergwerke und Hütten für Nichteisenmetalle, Betriebe der Rohölgewinnung und -verarbeitung, verschiedene Unternehmen des Maschinenbaus, der Elektroindustrie, des Verkehrs so-

---

<sup>1</sup> Ein ausschlaggebendes Motiv für die Verstaatlichungsaktion bildete außerdem der Umstand, daß die westlichen Besetzungsmächte die von ihnen unter dem Titel «Deutsches Eigentum» beschlagnahmten Anlagen und anderen Vermögenswerte der österreichischen Regierung zu treuhänderischer Verwaltung übergaben.

<sup>2</sup> Bundesgesetz vom 26. Juli 1946 über die Verstaatlichung von Unternehmungen (Verstaatlichungsgesetz), BGBl Nr. 168/1946.

wie die drei größten Kreditinstitute in das Eigentum des Staates übergeführt. Auf Grund des zweiten Verstaatlichungsgesetzes<sup>3</sup> sind alle wichtigeren Unternehmen der Elektrizitätsversorgung in den Besitz der öffentlichen Hand übergeführt worden.

Es handelte sich also bei der Verstaatlichungsaktion im wesentlichen um Grundstoffindustrien oder sonstige Wirtschaftszweige, denen in der österreichischen Wirtschaft eine Schlüsselposition zukommt.

Durch die beiden Verstaatlichungsgesetze<sup>4</sup> und die mit ihnen im Zusammenhang stehenden Verordnungen sind insgesamt 87 Wirtschaftsunternehmen verstaatlicht worden.

## I. Die Zweige der verstaatlichten Grundindustrie

### 1. Die Kohlenbergwerke

Die Kohlenförderung wurde von der Verstaatlichung zu 95 Prozent erfaßt. Von den in privater Hand verbliebenen Kohlenbergwerken hat bloß der Kohlenbergbau Tauchen (Burgenland) einige Bedeutung.

Folgende Unternehmen wurden verstaatlicht:

Oesterreichische Alpine Montangesellschaft  
Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft  
(Alpine Konz.)  
Bergbau-Betriebs-GmbH  
Wolfsegg Traunthaler Kohlenwerke AG  
Salzbach-Kohlenbergbau GmbH  
Lankowitzer Kohlen-Compagnie  
Steinkohlenbergbau Grünbach a. Schneeberg<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Bundesgesetz vom 26. Mai 1947 über die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft (Zweites Verstaatlichungsgesetz), BGBl 81/1947.

<sup>4</sup> Die verstaatlichten Betriebe waren (ausschließlich der Banken, die dem Bundesministerium für Finanzen unterstellt worden waren) bis 1956 dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe unterstellt. Auf Grund des Bundesgesetzes vom 11. Juli 1956, BGBl Nr. 134/1956 sind die Agenden dieses Bundesministeriums auf dem Gebiete der verstaatlichten Betriebe mit Ausnahme der Elektrizitätswirtschaft auf die Bundesregierung bzw. auf Grund des Treuhandvertrages vom 2. August 1956 auf die Oesterreichische Industrie- und Bergbauverwaltungs-Gesellschaft mbH (IBV) übergegangen.

<sup>5</sup> Der Steinkohlenbergbau Grünbach a. Schneeberg ist das einzig nennenswerte Steinkohlenbergwerk Oesterreichs; bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages (15. Mai 1955) wurde es von den Russen betrieben.

Im Jahre 1946 war die österreichische Kohlenproduktion mit einer Fördermenge von 2 280 000 t<sup>6</sup> gegenüber der Höchstleistung zwischen den zwei Weltkriegen (1929: 3 600 000 t)<sup>7</sup> um 36,7 Prozent gesunken. Sie reichten damals kaum für die Deckung der Brennstoffversorgung der Bundesbahnen und der lebenswichtigen Versorgungsbetriebe.

Die Entwicklung der Kohlenbergwerke seit deren Uebernahme durch den Staat ist aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich:

Braunkohle	1946 <sup>8)</sup>	1957 <sup>9)</sup>	Steigerung in Prozenten
Produktion in 1000 Tonnen . . . . .	2 280	6 574	188,3
Belegschaft (Mann) . . . . .	11 710	17 051	45,6
Leistung pro Mann und Schicht in Kilogramm (Produktivität) . . . . .	835	1 920	130

Die Produktion von Braunkohle konnte, wie aus der Tabelle zu ersehen ist, im Jahre 1956 gegenüber der Produktion von 1946 fast verdreifacht werden; der Beschäftigtenstand war 1956 um 5295 Personen höher als 1946. Die Leistung pro Mann und Schicht (Produktivität) ist zwischen 1946 und 1956 um 45,2 Prozent gestiegen.

Für den Zeitraum 1949 bis 1956 ergibt sich folgendes Entwicklungsbild des staatlichen und verstaatlichten Kohlenbergbaus<sup>10</sup>.

Braunkohle	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Produktion in 1000 t	3 530	4 000	4 630	4 840	5 180	5 943	6 329	6 432	6 579
Belegschaft (Mann)	13 660	14 950	15 280	15 210	14 787	15 422	16 981	17 005	17 051
Leistung pro Mann und Schicht in kg (Produktivität) .	933	1 034	1 162	1 360	1 370	1 645	1 700	1 800	1 920

Die Produktion von Steinkohle betrug 147 287 t im Jahre 1955 128 659 t im Jahre 1956<sup>11</sup>.

Zur Vervollkommnung und Erweiterung der Bergbauanlagen wurden in der Zeit von 1946 bis 1957 rund 1 Mia Schilling aufgewendet. In diesem Zeitraum entfielen 93 bis 95 Prozent der österreichischen Kohlenproduktion auf den verstaatlichten Kohlenberg-

<sup>6</sup> Vgl. «Oesterreichs verstaatlichte Industrie», Oesterreichisches Statistisches Zentralamt, Wien 1953, S. 17.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>9</sup> Vgl. «Statistischer Informationsdienst» IBV, 1. Quartal 1957.

<sup>10</sup> Die in dieser Tabelle eingesetzten Zahlen stammen aus «Information und Statistik», Mitteilungen des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Jahrgänge 1954, 1955, 1956; ferner aus «Statistischer Informationsdienst», 1. und 2. Quartal 1957, 2. Quartal 1958.

<sup>11</sup> Vgl. «Statistischer Informationsdienst», 2. Quartal 1958.

bau<sup>12</sup>. Mengenmäßig deckte die österreichische Kohlenproduktion zwischen 1946 und 1957 50 Prozent des gesamten einheimischen Brennstoff- und 75 Prozent des Industriebedarfes<sup>13</sup>.

## 2. Die Eisen- und Stahlindustrie

Durch die Verstaatlichung fast der gesamten eisenschaffenden Industrie (99 Prozent) war die Voraussetzung für einen den Interessen der Allgemeinheit entsprechenden einheitlichen und organischen Aufbau dieses bedeutendsten Zweiges der Grundstoffindustrie geschaffen. Als Grundlage dafür wurde ein Eisen- und Stahlplan ausgearbeitet, der prinzipiell eine Programmabgrenzung auf dem Kommerzeisensektor zwischen allen Arten von Profilen und der gesamten Blecherzeugung vorsah.

Folgende Unternehmen wurden von der Verstaatlichung erfaßt:

Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft, Wien, mit ihren  
Konzerngesellschaften

Vereinigte Oesterreichische Eisen- und Stahlwerke AG Linz  
(VOEST)

Gebrüder Böhler & Co. AG, Wien, mit ihren  
Konzerngesellschaften

Schoeller-Bleckmann-Stahlwerke AG, Wien

Hütte Liezen GmbH, Wien

Ebenfalls verstaatlicht wurden die in Niederösterreich liegenden Betriebsstätten der Gebrüder Böhler (Ybbsstahlwerke, St. Aegyden, Eisen- und Stahlindustrie AG, Enzesfelder Metallwerke AG), der Alpinebetrieb Stahl- und Temperguß AG, Traisen, sowie die Schmidhütte in Krems. Diese Betriebe standen bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages unter russischer Verwaltung.

Nach Instandsetzen der Betriebe wurden systematische Neuerungen eingeführt, die eine erhebliche Kapazitätsausweitung der Anlagen zur Folge hatten. Von 1946 bis 1957 wurden rund 3 Mia Schilling<sup>14</sup> investiert.

Folgende Tabelle gewährt Einblick in die Entwicklung der Eisenerzförderung sowie der Roheisen- und Rohstahlerzeugung der verstaatlichten Betriebe zwischen 1949 und 1957:

---

<sup>12</sup> «Information und Statistik», 1. Quartal 1958.

<sup>13</sup> Vgl. «Statistische Nachrichten» des Oesterreichischen Statistischen Zentralamtes, März 1958.

<sup>14</sup> «Information und Statistik», 1. Quartal 1958.

Jahr	Produktion in Tonnen <sup>15)</sup>		
	Eisenerz	Roheisen	Rohstahl
1949	1 478 700	850 338	792 082
1950	1 852 100	875 100	890 538
1951	2 359 600	1 041 326	973 958
1952	2 641 000	1 165 000	1 006 000
1953	2 745 000	1 312 077	1 231 592
1954	2 709 900	1 343 152	1 597 000
1955	2 827 900	1 497 065	1 746 500
1956	3 247 500	1 728 364	2 000 000
1957	3 482 100	1 947 949	2 333 400

Rund 95 Prozent der gesamten österreichischen Eisen- und Stahlproduktion sind seit der Verstaatlichung auf die verstaatlichten Betriebe entfallen. Die Produktivität der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie ist von 1950 auf 1957 um 76 Prozent gestiegen, der Beschäftigtenstand konnte in demselben Zeitraum von 38 618 Personen auf 54 837 Personen (inklusive der ehemaligen Russenbetriebe) erhöht werden. An dem Gesamtexport der verstaatlichten Industrie war die Eisen- und Stahlindustrie zwischen 1950 und 1957 mit durchschnittlich 68 Prozent beteiligt <sup>16)</sup>.

### 3. Der Nichteisenmetall-Sektor

Durch das erste Verstaatlichungsgesetz sind sämtliche Bergwerke und Hütten sowie der überwiegende Teil des verarbeitenden Leichtmetallsektors in das Staatseigentum übergegangen. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Unternehmen:

Aluminiumwerk Ranshofen  
 Bleiberger-Bergwerks-Union  
 Gewerkschaft Schwazer Bergwerks-Verein  
 Kärntner Bergwerks-GmbH (BBU-Konzern)  
 Kupferbergbau Mitterberg  
 Montanwerk Brixlegg  
 Oesterreichische Metallwerke AG  
 Vereinigte Wiener Metallwerke AG

Dem Leichtmetallsektor gehören zwei Großbetriebe an: die Vereinigten Aluminiumwerke Ranshofen und die Oesterreichische Metallwerke AG Ranshofen. (Neben diesen beiden Betrieben besteht

<sup>15)</sup> Vgl. «Information und Statistik» (Jahrgänge 1954, 1955, 1956), ferner «Statistischer Informationsdienst», 1. Quartal 1957, und «Statistischer Ueberblick» der Oesterreichischen Industrie- und Bergverwaltungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 1956/57 vom Januar 1958.

<sup>16)</sup> «Information und Statistik», 1. Quartal 1958.

als einziger Privatbetrieb des österreichischen Nichteisenmetall-Sektors ein Unternehmen in Lend, Salzburg.) Die Verarbeitung des Aluminiums wird dagegen von einer Reihe namhafter Privatbetriebe durchgeführt.

Besonders bemerkenswert ist die Produktionsentwicklung der Vereinigten Aluminiumwerke Ranshofen, die die Produktion von Rohaluminium von 12 610 t im Jahre 1950 auf 49 295 t im Jahre 1956 erhöhen konnten<sup>17</sup>. Mehr als 50 Prozent des erzeugten Rohaluminiums werden exportiert.

Der verstaatlichte Buntmetallsektor umfaßt die Bleiberg-Bergwerks-Union (Kärnten), den Mitterberger Kupferbergbau (Salzburg) und das kupferverarbeitende Montanwerk Brixlegg (Tirol).

Die Oesterreichischen Metallwerke Ranshofen sind ebenso wie die Vereinigten Wiener Metallwerke ein Anschlußbetrieb sowohl an den Buntmetall- als auch an den Leichtmetallsektor.

Einen Einblick in die Entwicklung der wichtigsten Zweige des Nichteisenmetallsektors zwischen 1950 und 1957 möge diese Tabelle gewähren<sup>18</sup>:

	Produktion in Tonnen			
	Aluminium Ranshofen	Kupferkonzentrat Mitterberg	Kathodenkupfer Brixlegg	Hüttenblei BBU
1950	12 610	5 374	5 132	9 772
1951	21 324	6 181	6 413	9 712
1952	31 117	9 397	6 438	9 417
1953	37 745	10 400	8 589	11 102
1954	41 300	10 706	9 051	10 244
1955	50 196	9 005	9 602	10 266
1956	52 470	8 198	9 903	10 046
1957	49 295	8 184	8 636	11 193

Die durchschnittliche Produktion der verstaatlichten Nichteisenmetall-Industrie konnte zwischen den Jahren 1950 und 1957 mehr als verdreifacht werden, während die Produktivität im Jahre 1957 gegenüber 1950 um rund 62 Prozent zugenommen hat. Der Beschäftigtenstand stieg von 5064 im Jahre 1949 auf 7138 Personen (inklusive der ehemaligen Russenbetriebe) im Jahre 1957<sup>19</sup>.

#### 4. Der Chemiesektor

Dieser umfaßt die österreichischen Stickstoffwerke AG Linz, die Bleiberg-Bergwerks-Union und das Montanwerk Brixlegg. Hervorzuheben ist auf diesem Sektor vor allem der Anstieg der Produktion, des Absatzes und des Exportes von Stickstoffdünger.

<sup>17</sup> Vgl. «Statistischer Informationsdienst», 1. Quartal 1958, und «Information und Statistik», Jahrgang 1955/56, Statistischer Informationsdienst, 1. Quartal 1957.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Ebenda.

Von 1950 bis 1957 konnte die Jahresproduktion auf dem Chemie-sektor um durchschnittlich 90 Prozent gesteigert werden; in dem-selben Zeitraum ist der Beschäftigtenstand von 2782 Personen auf 5485 gestiegen. Die Produktivität ist im Jahre 1957 gegenüber 1949 um 68 Prozent erhöht worden <sup>20</sup>.

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Entwicklung der Pro-duktion der wichtigsten Erzeugnisse des verstaatlichten Chemie-sektors:

Jahr	Oesterreichische	Stickstoffwerke	Bleiberger	Bergwerksunion
	Primär-Stickstoff	Stickstoffdünger in Tonnen	Bleifarben	Lithopone
1950	88,5	363,9	2,5	4,0
1951	100,0	436,0	2,5	5,1
1952	103,8	463,0	2,2	3,1
1953	107,0	491,5	2,5	3,2
1954	116,7	543,9	3,0	4,4
1955	121,9	570,6	2,8	4,6
1956	136,8	606,6	2,5	4,9
1957	163,9	724,8	2,5	4,1

### 5. Der Erdölsektor

Die Erdölwirtschaft <sup>21</sup> war vom ersten Verstaatlichungsgesetz zur Gänze erfaßt worden. Da jedoch die sowjetische Besetzungsmacht, die das Erdölgebiet kontrollierte, sich die deutschen Vermögens-werte (zu welchen auch die Erdölbetriebe zählten) unter Berufung auf den Potsdamer Vertrag aneignete, konnte die Verstaatlichung nicht durchgeführt werden. Vielmehr erfaßten die Russen die Erd-ölunternehmen (mit Ausnahme der Raffinerien Vacuum Oil Com-pany AG und Shell AG sowie einiger kleiner Erdölbetriebe) in der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) zusammen und beuteten die österreichischen Oelfelder aus.

Eine Aenderung im Sinne des ersten Verstaatlichungsgesetzes trat erst ein, nachdem die Republik Oesterreich durch den Abschluß des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 das Eigentumsrecht an den von den Russen benützten Erdölfeldern, Einrichtungen sowie Schürf-

<sup>20</sup> Ebenda. Ferner: «Statistischer Ueberblick» der IBV, Januar 1958.

<sup>21</sup> Die Erdölwirtschaft hat sich seit 1937 zu einem der größten Aktivposten Oester-reichs entwickelt. 1955 stand Oesterreich als ölproduzierendes Land mit einer Jahresproduktion von 3,7 Mio t in Europa an zweiter Stelle und 1956 mit der Jahresproduktion von 3,4 Mio t noch immer an dritter Stelle, knapp hinter Rumänien und Westdeutschland. Die sicheren und wahrscheinlichen Erdöl-vorkommen wurden von der Geologischen Bundesanstalt mit 1. Januar 1956 auf 58 Mio t geschätzt. Im Jahre 1956 entfielen 44,2 Prozent des inländischen Roh-energieaufkommens (37,3 Prozent Erdöl plus 6,3 Prozent Erdgas) auf Erdöl; als Energieträger hatte das Erdöl an dem Gesamtverbrauch desselben Jahres den Anteil von 19 Prozent (14,9 Prozent Erdölprodukte plus 4,1 Prozent Erd-gas). Vgl. hierzu Monatsberichte des Oesterreichischen Institutes für Wirt-schaftsforschung, 10. Sonderheft, Februar 1957, ferner «Erdöl in Oesterreich», Verlag Natur und Technik, Wien 1957.



und Förderkonzessionen zurückerlangt hatte<sup>22</sup>. Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages wurde die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV) in die Oesterreichische Mineralölverwaltung (OEMV)<sup>23</sup> umgewandelt, die sich nach der Verschmelzung einer Reihe verstaatlichter Erdöl- bzw. Auffanggesellschaften und nach Aufhebung der (ursprünglich eingesetzten) öffentlichen Verwaltung als Aktiengesellschaft konstituierte.

Auf die in der Oesterreichischen Mineralölverwaltung AG (OEMV<sup>24</sup>) zusammengefaßten Förderbetriebe entfielen im Jahre 1957 95 Prozent<sup>25</sup> der gesamtösterreichischen Erdölförderung. An der verarbeitenden Erdölwirtschaft war der verstaatlichte Erdölsektor im selben Jahr mit einer Gesamtkapazität von rund 1,9 Mio t oder 80 Prozent<sup>26</sup> der Gesamtkapazität der österreichischen Raffinerien beteiligt; dieser Anteil wird nach der bereits vereinbarten Rückstellung der Raffinerie Lobau (die an der Gesamtkapazität der österreichischen Raffinerien mit 19 Prozent beteiligt ist) an ihre Vorbesitzer auf 61 Prozent sinken.

Im Jahre 1957 wurden in der verstaatlichten Erdölwirtschaft 3 007 325 t Erdöl gefördert und 745 796 000 m<sup>3</sup> Erdgas gewonnen. Die Zahl der Beschäftigten betrug per 31. Dezember 1957 10 317 Personen<sup>27</sup>. Der Gesamtumsatz des verstaatlichten Erdölsektors erreichte im Jahre 1957 die Höhe von 2356,68 Mio Schilling<sup>28</sup>.

---

<sup>22</sup> Die Republik Oesterreich mußte sich verpflichten, der Sowjetunion als Ablöse zehn Jahre hindurch 1 Mio t Rohöl jährlich zu liefern.

<sup>23</sup> Die OEMV war, wie die andern verstaatlichten Betriebe, zunächst dem Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe unterstellt. Seit Juli 1956 nimmt die Oesterreichische Industrie-Bergbauverwaltungs-Gesellschaft mbH die Rechte des Bundes gegenüber der OEMV wahr. (Siehe Fußnote 4.)

<sup>24</sup> Ueber das der OEMV zur Verfügung stehende Gebiet wird erst der Abschluß der auf Grund der «Wiener Memoranden» stattfindenden Verhandlungen (bezüglich der Rückstellungs- bzw. Entschädigungsansprüche ehemaliger Besitzer von verstaatlichten Erdölunternehmen) endgültig Klarheit bringen. In den «Wiener Memoranden» vom 10. Mai 1955 hat Oesterreich sich verpflichtet, die Rechte und Interessen der Vereinten Nationen und ihrer Staatsangehörigen, wie sie am 13. März 1938 bestanden, zum Teil in natura wieder herzustellen, zum Teil deren Ansprüche angemessen zu befriedigen.

<sup>25</sup> Vgl. Monatsberichte des Oesterreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 10. Sonderheft, Februar 1957. Die restlichen 5 Prozent der Erdölförderung verteilen sich auf drei kleine ausländische Unternehmen, die nicht verstaatlicht worden waren und die auch während der russischen Besetzung ungestört arbeiten konnten.

<sup>26</sup> Ebenda. Die Raffinerien Vacuum Oil Company AG. und Shell AG. waren zwar vom ersten Verstaatlichungsgesetz betroffen worden, da aber die Westmächte dagegen Einspruch erhoben, nahmen die Russen davon Abstand, sie in ihren Oelkonzern einzubeziehen. Diese Raffinerien befinden sich nach wie vor in Privatbesitz und haben den überwiegenden Anteil an den restlichen 20 Prozent der Gesamtkapazität der österreichischen Raffinerien; neben ihnen gibt es nur noch zwei ganz kleine Privatraffinerien.

<sup>27</sup> Vgl. Statistischer Informationsdienst der IBV, 2. Quartal 1958.

<sup>28</sup> Vgl. Statistischer Ueberblick der IBV 1956/57, vom Januar 1958.

## **II. Die übrigen Unternehmen der verstaatlichten Industrie**

### *1. Die Elektroindustrie*

Folgende Unternehmen der Elektroindustrie sind verstaatlicht worden:

**AEG-Union Elektrizitätsgesellschaft Wien**

**Elin AG für elektrische Industrie, Wien**

**die inländischen Aktiven und Passiven:**

**a) der Siemens-Schuckert-Werke AG Berlin und**

**b) der Siemens & Halske AG Berlin.**

Zur Erfassung der Aktiven der Siemens-Schuckert-Werke AG Berlin und der Siemens & Halske AG Berlin wurde die Gründung eigener Auffanggesellschaften erforderlich, und zwar der

**Siemens-Schuckert-Werke GmbH Wien, und der  
Siemens-Halske GmbH Wien.**

Bereits im Jahre 1951 konnte auf diesem Sektor das Vorkriegsniveau erreicht und teilweise sogar überschritten werden. In den letzten fünf Jahren sind Ausbau und Vervollkommnung der Betriebe beendet worden.

Die Umsätze sind von 64 Mio Schilling im Jahre 1946 auf 1,9 Mia Schilling im Jahre 1957 gestiegen. Die Produktivität konnte im Jahre 1956 gegenüber 1957 um 68 Prozent erhöht werden; der Beschäftigtenstand erhöhte sich von 11 639 Personen im Jahre 1950 auf 18 532 im Jahre 1957. Auch der Export hat sich seit 1946 überaus günstig entwickelt, allerdings verlagerte sich in den letzten Jahren der Schwerpunkt auf den Inlandabsatz <sup>29</sup>.

### *2. Verkehr und Maschinenbau*

Folgende Verkehrsbetriebe <sup>30</sup> wurden vom ersten Verstaatlichungsgesetz erfaßt:

**Die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) Wien;**

**die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft, Graz;**

**die Sulmthal AG (GKB-Konzern, Graz).**

Bemerkenswert ist auf diesem Gebiet vor allem der Leistungsaufschwung der DDSG, die im Jahre 1957 eine Umschlagsmenge von

---

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Die Eisenbahnen sind in Oesterreich bereits im Jahre 1884 verstaatlicht worden, die Verstaatlichung des Post- und Telegraphenwesens war bereits 1848 abgeschlossen. Diese Unternehmen, die mit ihren Hilfsbetrieben den weitaus überwiegenden Teil des österreichischen Verkehrswesens umfassen, gehören nicht zum Komplex der vom ersten Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmen.

2 324 461 t bewältigt, 516 611 Personen befördert (gegenüber 169 000 Personen im Jahre 1950) und rund 81 Mio Schilling umgesetzt hat <sup>31</sup>.

Der verstaatlichte Maschinenbau umfaßt: die LOFAG, Lokomotivfabrik, Wien; die Mannesman-Trautzl AG, Landwirtschaftliche Maschinenfabrik, Wien; Hofherr-Schrantz AG, Landwirtschaftliche Maschinenfabrik, Wien-Wels; G. Rumpel AG, Tiefbohrungsmaschinen, Wasser- und Rohrleitung, sanitäre Anlagen usw., Wien-Wels; die Schiffswerfte Linz AG, Linz; die Schiffswerfte Korneuburg, Wien-Korneuburg; die Simmering-Graz-Pauker AG, Waggon- und Kesselbau, Wien-Graz; die Wiener Brückenbau AG, Wien.

Die Umsätze auf dem Sektor des verstaatlichten Maschinenbaus haben sich von 72 Mio Schilling im Jahre 1948 auf rund 1300 Mio Schilling im Jahre 1957 erhöht, und die Zahl der Beschäftigten ist von 4613 Personen am Jahre 1950 auf 10 906 im Jahre 1956 angestiegen <sup>32</sup>.

### III. Die verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft

In noch viel höherem Grade als der Ausbau des Kohlenbergbaus war die Reorganisation der Elektrizitätswirtschaft eine der Hauptvoraussetzungen des Wiederaufbaus. Auf Grund des 2. Verstaatlichungsgesetzes gingen die wichtigeren Unternehmen in den Besitz der öffentlichen Hand über. Im Gesetz sind folgende Gesellschaften genannt:

1. Oesterreichische Elektrizitätswirtschafts-AG (OEWAG) — Verbundgesellschaft; diese Gesellschaft befindet sich zur Gänze im Besitz des Bundes;
2. Sondergesellschaften, deren Anteile mindestens zu 50 Prozent im Besitz des Bundes (Rest im Besitz der Länder) sind. Zu diesen gehören folgende Gesellschaften:
  - a) Ennskraftwerke AG;
  - b) Oesterreichische Donaukraftwerke AG;
  - c) Oesterreichische Draukraftwerke AG;
  - d) Tauernkraftwerke AG;
  - e) Vorarlberger Illwerke AG (unter öffentlicher Verwaltung);
  - f) Westtiroler Kraftwerke AG (unter öffentlicher Verwaltung).
3. Landesgesellschaften, überwiegend im Besitz der Länder:
  - a) Kärntner Elektrizitäts AG;
  - b) Niederösterreichische Elektrizitätswerke AG;
  - c) Oberösterreichische Kraftwerke AG;
  - d) Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG;
  - e) Salzburger AG für Elektrizitätswirtschaft;

---

<sup>31</sup> Vgl. Statistischer Ueberblick der IBV für das Geschäftsjahr 1956/57.

<sup>32</sup> Ebenda.

- f) Tiroler Wasserkraftwerke AG;
- g) Vorarlberger Kraftwerke AG;
- h) Wiener Elektrizitätswerke.

4. Städtische Unternehmen. (Im Besitz der Städte Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und Salzburg befindliche städtische Elektrizitätswerke.)

Seit der Durchführung des 2. Verstaatlichungsgesetzes befinden sich 85 Prozent der Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Besitz der öffentlichen Hand. Die restlichen 15 Prozent sind vorwiegend Eigenanlagen der größeren verstaatlichten Betriebe und der Bundesbahnen; daneben gibt es einige kleinere private Elektrizitätswerke und einige Eigenanlagen privater Industrieunternehmen. Die österreichische Stromproduktion betrug im Jahre 1956 insgesamt 11,2 Mia kWh<sup>33</sup>. Sie hat sich somit gegenüber der Stromproduktion von 1945 (3,3 Mia kWh)<sup>34</sup> mehr als verdreifacht. Der Anteil der öffentlichen Elektrizitätsunternehmen an der gesamtösterreichischen Stromproduktion betrug zwischen 1946 und 1957 durchschnittlich 80 Prozent. Der Stand der fest Beschäftigten in der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft ist von 1599 im Jahre 1949 auf 4002 Personen im Jahre 1954 gestiegen und dürfte sich in den letzten drei Jahren um weitere 7 Prozent gehoben haben. Für Investitionen wurden zwischen 1948 und 1957 13,2 Mia Schilling aufgewendet. Von den in Angriff genommenen und zum Teil vollendeten Kraftwerk- und Leitungsbauten ist vor allem das Großkraftwerk Kaprun zu erwähnen<sup>35</sup>.

#### IV. Gesamtüberblick

In dem Zeitraum zwischen 1946 und 1957 hat die verstaatlichte Industrie durchschnittlich 93 Prozent der Grundstoffe und 80 Prozent der Elektrizität erzeugt. Ihr Produktionsvolumen konnte von 1949 bis 1957 mehr als verdoppelt und ihre Produktivität um 50 Prozent erhöht werden. Ihr Anteil an dem österreichischen Gesamtumsatz belief sich zwischen 1946 und 1957 auf durchschnittlich einen Drittel des österreichischen Gesamtumsatzes, und ihr Export auf durchschnittlich ein Viertel des gesamtösterreichischen Exportes. Investiert wurden in der verstaatlichten Industrie zwischen 1948 und 1957 insgesamt 21,5 Mia Schilling, davon 8,3 Mia für die verstaatlichten Betriebe und 13,2 Mia für die öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Von 1950 bis 1957 beschäftigten die verstaatlichten Betriebe (einschließlich der Elektrizitätswirtschaft) durchschnittlich 100 000 Personen; das waren insgesamt 22 Prozent der

<sup>33</sup> «Statistische Nachrichten», österreichisches statistisches Zentralamt, März 1958.

<sup>34</sup> «Oesterreichs verstaatlichte Industrie», Wien 1953.

<sup>35</sup> «Information und Statistik», 1. Quartal 1956; ferner «Statistische Nachrichten», März 1958.

im gleichen Zeitraum in der gesamtösterreichischen Industrie Beschäftigten. Im Jahre 1957 hat ihr Beschäftigtenstand (ausschließlich der Elektrizitätswirtschaft) die Höhe von 126 229 Personen erreicht; allerdings sind in dieser Zahl die Belegschaften der ehemaligen Russenbetriebe inbegriffen.

Durch die große Produktivitätssteigerung und Rationalisierung ist es der verstaatlichten Industrie möglich gewesen, die Preise trotz steigenden Produktionskosten auf dem Stand von 1951 zu halten. Während der Index der von der Privatwirtschaft erzeugten Industriestoffe im Durchschnitt über dem Zehnfachen von 1939 liegt, belaufen sich die Preise der von der verstaatlichten Industrie gelieferten Grundstoffe auf das Sechs- bis Siebenfache der Preise von 1937. Die Eisen- und Stahlpreise sind seit 1951 stabil und liegen weit unter dem Weltmarktniveau, obwohl Importstoffe, Gestehungskosten und Löhne beträchtlich gestiegen sind. Auch Zink-, Blei- und Aluminiumpreise aus den verstaatlichten Hüttenbetrieben liegen um 5 bis 13 Prozent unter dem Weltmarktniveau. Ebenso sind die Preise für Rohaluminium, Aluminiumhalbzeug, Kalkammonsalpeter trotz steigenden Produktionskosten auf dem Stand von 1951 gehalten worden. Die im verstaatlichten Kohlenbergbau gewonnene Braunkohle ist um 40 bis 100 Prozent billiger als Auslandskohle ähnlicher Qualität. Mit dieser Kohle werden die Industrien zu 75 Prozent, die Dampfkraftwerke zu 96 Prozent, der Hausbrand zu 41 Prozent und die Verkehrsträger zu 45 Prozent versorgt. Der Strompreis Oesterreichs liegt weit unter dem durchschnittlichen Preis anderer Länder. Nach einer Studie der OEEC über die Elektrizitätswirtschaft steht Oesterreich von den angeführten 17 OEEC-Ländern hinsichtlich der Billigkeit des Stroms im allgemeinen Preisdurchschnitt an fünfter Stelle und bezüglich des Hochspannungsstroms an dritter Stelle.

Zum Abschluß mögen einige Tabellen den Gesamtüberblick vervollständigen.

*Entwicklung von Beschäftigten und Produktion in den verstaatlichten Betrieben* <sup>36</sup>

Zeit	Index der Beschäftigung	Produktionsindizes (Monats-Ø 1949 = 100) <sup>1</sup>				
		Bergbau	Eisen und Stahl	NE-Metalle	Chemie	Gesamt
Ø 1949	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Ø 1952	116,50	140,63	143,89	283,61	146,75	148,71
Ø 1954	117,60	169,21	168,32	373,09	175,71	177,59
Ø 1956	133,21 <sup>1</sup>					
Ø 1956	167,11 <sup>2</sup>	183,55	212,92	465,89	197,49	212,42
Ø 1957	168,63 <sup>2</sup>	192,45	238,93	439,06	247,77	230,87
1956, X.	169,39	199,20	227,00	532,34	178,96	226,94
XI.	169,40	193,68	238,46	494,58	184,97	229,81
XII.	168,51	182,66	242,40	414,31	186,84	224,65
1957, X.	169,93	206,22	245,63	482,79	266,71	242,41
XI.	169,73	200,42	244,71	276,99	250,68	230,23
XII.	169,50	191,05	239,18	221,91	265,62	222,39

<sup>36</sup> Aus «Statistischer Informationsdienst», 1. Quartal 1958, S. 1.

## Entwicklung der Produktivität in den verstaatlichten Betrieben <sup>1</sup>

Zeit	Kohle	Eisen- und Stahl	NE- Metalle	Chemie	Elektro- Industrie	Gesamt
Ø 1950	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Ø 1952	112,5	118,5	115,0	117,5	142,0	120,0
Ø 1954	140,5	133,5	132,5	137,0	153,0	137,5
Ø 1956	144,5	156,5	149,0	143,0	151,0	152,0
Ø 1957	150,0	175,5 <sup>3</sup>	159,0 <sup>3</sup>	168,5	168,0 <sup>3</sup>	168,0 <sup>3</sup>
2. Halbjahr 1956	145,0	162,0	153,0	129,0	155,0	155,0
2. » 1957	153,0	181,0 <sup>3</sup>	162,0 <sup>3</sup>	171,0	176,0 <sup>3</sup>	173,0 <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Ohne die ehemals russisch verwalteten Betriebe.

<sup>2</sup> Ab Januar 1956 einschließlich der ehemals russisch verwalteten Betriebe.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse.

## Beschäftigte in den verstaatlichten Betrieben von 1950–1957 <sup>1</sup>

(ausschließlich der Elektrizitätswirtschaft)

Stand jeweils zu Jahresende (31. Dezember) <sup>37</sup>

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Eisen und Stahl	38 618	41 065	41 879	40 537	43 166	56 771	53 289	54 837
Kohle	14 950	15 640	15 153	14 087	15 422	16 981	17 005	17 051
Elektroindustrie	11 639	13 224	12 380	11 856	13 412	18 398	18 735	17 532
NE-Met.-Industrie	5 064	6 027	5 634	5 781	5 997	7 490	7 167	7 188
Maschinenbau	4 613	4 891	5 104	5 303	5 596	11 068	11 054	10 906
Chemische Industrie	2 782	3 113	3 223	3 666	4 447	5 051	5 449	5 485
Verkehrssektor	2 590	2 630	2 749	2 824	2 948	3 289	3 314	3 366
Oelsektor	332	324	243	232	220	10 378	10 362	10 519
<b>Summe</b>	<b>80 588</b>	<b>86 914</b>	<b>86 365</b>	<b>84 286</b>	<b>91 208</b>	<b>129 426</b>	<b>126 375</b>	<b>126 884</b>

<sup>1</sup> Einschließlich der ehemaligen Russenbetriebe.

## Die Zweige der verstaatlichten Industrie in den Jahren 1956 und 1957 nach den Beschäftigten- und Umsatzzahlen <sup>38</sup>

Sektor	Höhe der Umsätze			Umsatz je Beschäftigten		
	1956 in Mio. S	1957	Vdg. gegen 1956	1956 in 1000 ö. S.	1957	Vdg. gegen 1956
Eisen- u. Stahlindustrie <sup>1</sup>	8 953	10 306	+ 15	168,4	187,9	+ 11,8
Kohlenbergbau	1 193	1 381	+ 16	70,1	81,0	+ 15,8
Elektroindustrie	1 848	1 866 <sup>4</sup>	+ 1	98,6	106,4	+ 8,0
NE-Metallindustrie	1 445	1 404	— 2	201,6	195,3	— 3,0
Maschinenbau <sup>2</sup>	948	1 301 <sup>4</sup>	+ 37	85,8	119,3	+ 39
Chemie	894	1 136	+ 27	164,1	207,1	+ 26
Verkehr	259	299	+ 15,5	78,1	88,8	+ 13,8
Erdöl und Erdgas <sup>3</sup>	2 065	2 356 <sup>4</sup>	+ 14	202,7	228,4	+ 12,7
Oelvertrieb <sup>3</sup>	227	296	+ 30	1464,5	1465,3	+ 0,3
<b>Verstaatlichte Industrie insgesamt</b>	<b>17 831</b>	<b>20 331</b>	<b>+ 14</b>	<b>141,2</b>	<b>160,2</b>	<b>+ 13,5</b>

<sup>1</sup> Ohne die Beschäftigten in den Handelsbetrieben der Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft.

<sup>2</sup> Einschließlich der bisher dem Oelsektor zugerechneten Beschäftigten der Rumpel-AG.

<sup>3</sup> Ohne die Beschäftigten der nunmehr dem Maschinenbau eingeordneten Rumpel-AG.

<sup>4</sup> Vorläufiges Ergebnis.

<sup>37</sup> Die in dieser Tabelle eingesetzten Zahlen stammen aus «Information und Statistik», Jahrgang 1955 und 1956, und aus «Statistischer Informationsdienst», 1. Quartal 1957 und 1. Quartal 1958.

<sup>38</sup> Aus «Statistischer Informationsdienst», 1. Quartal 1958, S. 3.

## Die Entwicklung der Exportleistungen der verstaatlichten Industrie seit 1950 <sup>40</sup>

Jahr	Exportleistungen der verstaatlichten Industrie		Exportleistungen der übrigen österreichischen Wirtschaft		Oesterreichs Export insgesamt		% Anteil der verstaatl. Industrie am Gesamtexport
	Mio. S	Index	Mio. S	Index	Mio. S	Index	
1950	1 496	100	5 014	100	6 510	100	23,0
1951	2 018	135	7 617	151	9 635	148	21,5
1952	2 807	187	7 990	159	10 797	166	26,1
1953	3 553	237	9 634	192	13 187	203	26,8
1954	3 735	250	12 116	241	15 851	243	23,6
1955	4 068	272	14 101	281	18,169	279	22,5
1956	5 750	384	16 413	327	22 076	339	25,7
1957	7 735	516	17 707	353	25 442	390	30,3

Wenn man den entscheidenden Anteil der verstaatlichten Industrie in dem Wiederaufbau Oesterreichs und an dem Konjunkturaufschwung der letzten Jahre in Betracht zieht, erscheint es nicht übertrieben, die Verstaatlichungsaktion in Oesterreich als ein wohl gelungenes Experiment zu bezeichnen.

Norbert Burg, Wien.

## Manager, Arbeiter, Automation

### *Der Strukturwandel in Industrie und Gewerkschaft*

Bei dem Besichtigungsgang durch die vollautomatisierte Abteilung des Werkes sagte der Betriebsleiter zu dem Vorsitzenden der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft, Walter Reuther: «Sehen Sie diese Automaten da? Die können Sie nicht organisieren, die werden nie streiken!» Worauf Reuther antwortete: «Die kaufen Ihnen auch keine Autos ab!»

Dieses Zwiegespräch wirft grelles Scheinwerferlicht auf die Tatsache, daß die moderne Industrie Selbstmord beginge, hörte sie auf, Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen, ihnen Löhne und Gehälter zu zahlen und sie so in Stand zu setzen, die Güter zu kaufen, die in den Fabriken hergestellt werden: *Die Grundlage, ja die Existenzberechtigung von Massenproduktion besteht in Massenkonsumation!*

Darum wirft die Automation, an deren Anfang wir stehen, für beide Partner des Produktionsprozesses, für Unternehmer und für Arbeiter, Probleme auf, über deren Natur man sich erst langsam klar zu werden beginnt. Es ist natürlich durchaus bekannt, daß die fortschreitende Mechanisierung eine allmähliche Zunahme des Anteils des Aufsichtspersonals an der Gesamtzahl der Beschäftigten mit sich bringt. Während aber bisher dieser Wandel in der Hierar-

<sup>40</sup> Aus «Statistischer Informationsdienst», 1. Quartal 1958, S. 15.